

18. Juli 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/134

Bonn, den 18. Juli 1963

Mir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Vierzigtausend warten auf ihr "Wahlgeschenk"</u> Betrogene Hoffnungen nach der Bauend-Aktion des Bundes	45
2	<u>Schon konsultiert ?</u> Frankreichs Verteidigung ohne Kontakt zur NATO ?	22
2	<u>Vornehmste Pflicht - stark vernachlässigt</u> Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung	24
3 - 4	<u>Hamburgs Schicksalstage</u> Zum 20. Jahrestag der Zerstörung Hamburgs und zum Gedenken an die 55 000 Bombenopfer dieser Stadt Von Wolfgang Schult	102
5 - 6	<u>Washington · Sofia</u> Athen zeigt sich besorgt Von Dr. B. Mathiopoulos, Bonn	66

Chefredakteur Günter Markscheffel

18. Juli 1963

Vierzigtausend warten auf ihr "Wahlgeschenk"

Betrogene Hoffnungen nach der Bauland-Aktion des Bundes

sp - Wenn die Koalitionsparteien in dieser Sommerpause mit den Beratungen über das Regierungsprogramm beginnen, wird es nicht zuletzt um staatliche Wahlgeschenke für 1965 gehen. Allerdings macht es diesmal nicht nur die verzweifelte Haushaltslage des Bundes schwierig, Steuergelder und Bundesbesitz in Wählerstimmen umzumünzen; auch die Wähler sind nach manchen Erfahrungen skeptisch geworden gegenüber diesen christdemokratischen Manipulationen.

So beging in diesen Tagen die berücht-berühmte Bauland-Aktion des Bundes ihr zweijähriges Jubiläum. Das Datum ging still und unmerklich vorüber. Kein offizieller Sprecher nahm es zum Anlaß, mit Erfolgsszahlen aufzuwarten. Und das hat seinen guten Grund.

Erinnern wir uns: Im Juni 1961 kündigte Bundeswohnungsbauminister Dücke an, aus den Liegenschaften des Bundes sollten 8.000 bis 9.000 Hektar Bauland zu Vorzugspreisen an private Baulastige verkauft werden. Das Bulletin der Bundesregierung verband damit am 29. Juni 1961 die optimistische Erwartung, daß "breiten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden soll, sich zu angemessenen Preisen Eigentum an Grund und Boden zu beschaffen". Vor allen Dingen Kinderreiche, Einkommensschwache und Schwerkriegsbeschädigte sollten Gelegenheit bekommen, ein "familiengerechtes Eigenheim" zu bauen, bestimmten die Richtlinien.

Wenige Wochen später waren bereits über vierzigtausend Anträge auf bundeseigenes Bauland bei den Behörden eingegangen. Die Hoffnungen auf billige Grundstücke, die 30 Prozent unter dem Verkehrswert liegen sollten, schlugen kurz vor der Wahl hohe Wellen. Sie wurden durchweg enttäuscht.

Denn bis heute wurden sage und schreibe 70 Hektar bundeseigenes Gelände an private Interessenten verkauft; an weitere Veräußerungen ist überhaupt nicht mehr zu denken. 278 Hektar bekamen verschiedene Wohnbaugesellschaften. Das ist aber auch alles. Heute tritt der Bund vielerorts als kapitalstarker, preistreibender Konkurrent auf dem Grundstücksmarkt auf. An eine Dämpfung der überhitzten Grundstückspreise, die man mit der Bauland-Aktion ebenfalls erreichen wollte, ist überhaupt nicht zu denken.

Wer heute in Bonn nach den 8.000 bis 9.000 Hektar fragt, stößt nur noch auf überraschte und verständnislose Gesichter. Diese Zahl will niemand genannt haben. Im Bundesschatzministerium legt man sogar Wert auf die Feststellung, stets vor "übertriebenen Hoffnungen" gewarnt zu haben. An Gründen für das Scheitern der Bauland-Aktion fehlt es nicht: Die Bundeswehr benötigt immer mehr Land; außerdem befinden sich die Liegenschaften des Bundes zumeist weitab von den Großstädten und anderen Bauzentren; ein großer Teil davon gilt schließlich als Natur- oder Landschaftsschutzgebiet, das der Bebauung entzogen ist.

Das alles aber wollte man auch schon 1961, ohne sich dadurch von großsprecherischen Ankündigungen abhalten zu lassen. Die Bauland-Aktion der Bundesregierung war, um es schlicht zu sagen, ein Wahlschwindel, öffentlich auch eine Warnung.

+ + +

Schon konsultiert ?

sp - Merkwürdige Nachrichten gelangen seit einigen Tagen aus Paris in die Bundesrepublik. Es heißt, de Gaulle habe General Allard, der den Stab von sechs im Aufbau begriffenen, aber noch nicht der NATO unterstellten Divisionen befehligt, vorzeitig pensioniert und auch sonst einige Maßnahmen getroffen, die darauf schließen lassen, daß der französische Staatschef weiterhin die Verteidigung Frankreichs praktisch ohne die Koordinierung mit der NATO zu organisieren gedenkt. Dementiert wurden entsprechende Pariser Meldungen (Deutsche Zeitung vom 17. Juli 1963) bisher noch nicht. Was nun das deutsch-französische Verhältnis angeht, so erhalten die Pariser Nachrichten noch eine besondere Note. Es heißt, die nationale französische Verteidigungsplanung sehe vor, daß die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppenkontingente "zusammen mit den deutschen Divisionen und unabhängig von der NATO als Abfangverbände die Vorhut der nationalen französischen Verteidigung darstellen." - Wenn das alles zutrifft, dann entsteht die Frage, wie eigentlich das im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehene Konsultationsverfahren funktioniert hat. Der Bundestag hat fast einstimmig die Bundesregierung durch die Präambel verpflichtet, diesen Vertrag in dem Sinne zu handhaben, daß durch ihn keinerlei andere von der Bundesrepublik eingegangene internationale Verpflichtungen gestört oder lockert werden. Die deutsche Öffentlichkeit ist sicher daran interessiert, zu erfahren, ob die von uns erwähnten aus Paris kommenden Meldungen vielleicht schon das Ergebnis von Konsultationen sind oder ob man großzügig auf jede Konsultation verzichtet hat.

+ + +

Vornehmste Pflicht - stark vernachlässigt

sp - Die Volksgesundheit, das kostbarste Gut unter allen Gütern, ist heute schweren Bedrohungen ausgesetzt. Die Ärzte beklagen die überaus starke Zunahme psychischer und neuralgischer sowie Herz- und Krebskrankungen und den steigenden Arzneimittelverbrauch. Unter den westlichen Industrieländern hat die Bundesrepublik den höchsten Prozentsatz an Frühinvalidität aufzuweisen. Die Verschmutzung der Luft, die Verunreinigung des Wassers und der durch die Motorisierung bedingte Lärm sind zusätzliche Krankheitsursachen, die für viele das Leben zur Hölle machen. Wir haben zwar ein Gesundheitsministerium, doch bedarf es der Lage, um eine Aktivität zu entdecken. Zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich das Bundeskabinett mit den Grundzügen einer künftigen Gesundheitspolitik befaßt. Herausgekommen ist dabei nichts, außer der verbalen Versicherung, die Bundesregierung betrachte die Erhaltung der Volksgesundheit als eine ihrer dringlichsten und vornehmsten Pflichten. Dabei hätte sie es so leicht, sie brauchte nur auf den Gesundheitsplan der Sozialdemokratie zurückzugreifen. Als Willy Brandt davon sprach, der Himmel über dem Ruhrgebiet müsse wieder blau werden, erntete er dafür Spott und Hohn. Heute scheint bessere Einsicht eingetreten zu sein, aber es fehlt an der Kraft, sie in einer vom Ganzen ausgehenden Konzeption zu verwirklichen. Was die Regierung bisher auf diesem lebenswichtigen Gebiet aufzuweisen hat, ist Pfluschkwerk. Meinte sie es wirklich ernst mit einer Gesundheitspolitik, müßte sie u.a. das so viel diskutierte gesundheitsschädliche Sozialpaket in den Schubladen verschwinden lassen; aber dazu reicht es eben nicht.

+ + +

Hamburgs Schicksalstage

Zum 20. Jahrestag der Zerstörung Hamburgs und zum Gedenken
an die 55.000 Bombenopfer dieser Stadt

Von Wolfgang Schult

Zum 20. Male wiederholt sich am 25. Juli der Tag, an dem im Jahre 1943 in der Nacht um 0.33 Uhr die Zertrümmerung Hamburgs durch sieben schwerste Luftangriffe innerhalb von 10 Tagen begann. 137 Luftangriffe hatten die Hamburger bereits erlebt. Dabei fielen 1.271 Menschenleben an Bomben und den Bränden zum Opfer. Was aber in der Nacht auf den 25. Juli 1943 in Hamburg begann, läßt sich nur noch mit den vernichtenden Bombenschlägen auf Hiroshima und Nagasaki vergleichen.

Mehr als 100.000 Soldaten der alliierten Luftflotte in England bereiteten, unter Führung des britischen Bomberadmirals Harris das Unternehmen "Gomorrha", die Vernichtung Hamburgs vor. Es war nicht die Absicht, hier nur militärische Ziele zu treffen. Hitlers makabre Drohung: "Wir werden ihre Städte ausradieren!" sollte ihre furchtbare Umkehrung erleben.

740 Bomben in der ersten Welle

Am 24. Juli, kurz vor Mitternacht meldete die Luftwarnung der Bevölkerung den Einflug starker feindlicher Verbände. Die Sirenen heulten Vorwarnung. Die Zielrichtung wurde deutlicher. Eine Welle schwerer viermotoriger Bomber folgte der anderen. Die Sirenen heulten abermals und kündigten den Angriff an. 740 Bomber flogen Hamburg an, voran einzelne Leitflugzeuge. Sie markierten die Zielgebiete mit "Tannenbäumen", einem an Fallschirmen hängendem grellen Magnesiumlicht. Die Leitflugzeuge schütteten gleichzeitig Wolken von Staniolstreifen herunter, mit denen die Funkortung der Luftabwehr erstmalig getäuscht und verwirrt wurde. Die gespenstischen Lichtkegel der Scheinwerfer erfaßten die einfliegenden Bomber aber die bellenden Schüsse der Flugabwehrkanonen lagen ziellos. Die durch die Täuschung schutzlos gewordene Stadt erlaubte eine Angriffswelle, wie bei einer Parade.

Die Luft bebte von den Motorengeräuschen als sich um 0.33 Uhr die Bombenschächte über Hamburg öffneten. Minenbomben schwerster Kaliber schlugen herunter. Sie rissen Häuser und Dächer auf, um der nachfolgenden Flut von Stabbrandbomben und Phosphorkanistern das Brandfeld zu leuchten und die schutzbereiten, erprobten Hausfeuerwehren in die Keller zu zwingen. Nachfolgende Sprengbomben waren abermals gegen die Löscheinrichtungen gerichtet. 88 Minuten dauerte dieses Trommelfeuer, das durch die krepierenden Zeitzünder-Bomben noch um Stunden verlängert wurde. Bis weit ins Land bebten die Luft und die Erde.

Feuerstürme über Hamburg

Rasend schnell wuchsen die kleinen Entstehungsstrände zu immer größeren Brandflächen zusammen. Der Aufwind der bis zu 800 Grad erhitzten Luft wurde immer gewaltiger. Von den Seiten strömte die Frischluft orkanartig nach und fachte das Feuer innerhalb einer Stunde so an, daß breite Brandflächen zu einer Flammensäule zusammenschlugen. Das Phänomen des Feuersturms war erreicht.

Nur wer in einem dicken Betonbunker einen Platz gefunden hatte oder sich seinen primitiven Schutzkeller im Wohnhaus noch frühzeitig hat flüchten können und mit nassen Decken über dem Körper über Trümmerberge aus dem Flammenmeer rechtzeitig herausgefunden hatte, überlebte das teuflische

18. Juli 1963

ferno der durch die Straßen wie in einem Kamin peitschenden Flammen, der verhetenden Bomben und Häuser. Von der Gewalt des Feuersturms getragen, knisterten brennende Balken, einen Kometenschweif aus Funken hinter sich ziehend, durch die Luft. Der Feuersturm riss Kinder von der Hand der Mütter in die Glut. Auf einem offenen Platz verschmorten die sich gerettet glaubenden zusammengekauerten Menschen in der Strahlungshitze der rundum brennenden Gebäude.

Die Nacht des zweiten Angriffs am gleichen Tage, um 14.40 Uhr beginnend, war noch weit größer. 15 qkm mit 215 km Straßenfronten wurden einäschert. In diesem Gebiet lebten 430.000 Menschen. Auch der dritte Angriff am 26. Juli um 10.38 Uhr übertraf bei geringerer Geschlossenheit die Flächenausdehnung des ersten. 5,8 qkm und 167 km Häuserzeilen mit Wohnraum für 466 000 Einwohner, wurden Opfer der Bomben. Der sechste Angriff in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli war wohl der schwerste. Aber seine Wirkung auf die Einwohner war abgeschwächt.

Eine Million auf der Flucht

Nach dem ersten, aber besonders nach dem zweiten Angriff, flüchtete die Masse der Hamburger hinaus aus der Stadt, mit mehr oder weniger Hab und Gut, zu Fuß, mit Handkarren, Milchkarren der Straßenreinigung, Kinderwagen, Fahrrädern und Blockwagen, teils nur notdürftig gekleidet und verpackt. Die Flucht führte durch die vielfach verschütteten Straßen, vorbei an brennenden Häuserreihen oder schwelenden Bränden mit pestartigen Gestank, Leichen und gerastetem Gut an Straßenrand. Der Weg führte ins Ungewisse, an den Stadtrand zu Verwandten, Bekannten oder in improvisierte Auffanglager. Zehntausende kumpierten mit ihren Familien im Freien, an Parks oder in Wäldern. Anathie, seelische und körperliche Erschöpfung zeichneten die Gesichter. - Eine Million Menschen hatten die Stadt verlassen, Angehörige, Freunde und Bekannte im Ungewissen oder als Opfer zurücklassend. Es fehlte nicht an starker Hilfsbereitschaft der Anlieger an den Ausfallstraßen, in den Vororten und an improvisierter Hilfe durch die Randgemeinden. - Fast wie der Rauchpilz einer Atombombe waren die Rauchwolken 6 km hoch geschossen. Tagelang verdunkelten sie das Licht, wie bei einer Sonnenfinsternis. Ein grauer Ascheregen verfärbte die sommerliche Vegetation. Die Augen brannten den Menschen durch die unablässig eindringenden Staubteile.

Bis zum Ausgang des Jahres 1943 bargen die Räumkommands 32.000 Tote. Tausende blieben in den Trümmern verschüttet oder waren in der Hochöfenhitze zu Asche geworden! Die Zahl der Menschenopfer allein in diesen 10 Tagen der Angriffe liegt bei 47.000.

Die schwersten Verluste gab es in dem hafennahen Arbeiter-Wohnviertel Hammerbrook, wo die vielen Hinterhöfe aus der Gründerzeit zu Glutstätten und Menschenfallen wurden. Dort fielen durchschnittlich 351 von 1.000 Bewohnern der Bomben zum Opfer, darunter 45 Prozent mehr Frauen als Männer. Wegen der Seuchengefahr entstand hier die provisorisch mit Trockeneis abgegrenzte "Tote Zone", die nur von Leichensuchkommandos betreten werden durfte. 7.000 Kinder und Jugendliche befanden sich unter den Opfern. 10.000 Kinder wurden Voll- oder Halbwaisen des Bombenkrieges in Hamburg.

In den Herzen der Zeugen dieser größten Katastrophe Hamburgs bleibt der Schmerz und bleibt das Gedenken an die Opfer und deren Schicksal bestehen. Die Frage: "Warum? - Warum mußten sie alle sterben?" stellte Hamburgs Bürgermeister Max Brauer bei der Einweihung des Grabmals der 55.000 Bombenopfer. Mahnend sagte er:

"Erkennt die Gefahr! Wisset endlich, daß die Menschheit den Weg der Selbstvernichtung beschreitet, sobald sie die Freiheit und das Recht aufgibt."

Nur gemeinsame Mühe und gemeinsame Opfer aller Menschen, die frei sind, für die Sicherung der Freiheit und des Friedens können die Menschheit davor bewahren, Schlimmeres als in den Schicksalstagen Hamburgs erleben zu müssen.

Washington - Sofia

Athen zeigt sich besorgt
Von Dr. B. Mathiopoulos, Bonn

In letzter Zeit riefen Nachrichten aus Sofia, denen zufolge sich die Vereinigten Staaten um bessere Beziehungen zu Bulgarien bemühen sollen, in Athen einige Beunruhigung hervor.

Bereits Ende Juni war ein amerikanisch-bulgarischer Vertrag geschlossen worden, in dem die Reparations- und Entschädigungszahlungen Bulgariens endgültig geregelt sind. Einige Tage danach verlas die amerikanische Botschafterin in Sofia, Frau Anderson, im Rundfunk anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages eine Grußbotschaft Präsident Kennedys, appellierte an das bulgarische Volk und betonte, daß sich die USA bemühen wollten, gute Beziehungen zu Bulgarien zu unterhalten. Wieder einige Tage später nahm die Botschafterin die Eröffnung einer amerikanischen Ausstellung in Sofia zum Anlaß, die Bulgaren des Wohlbollens der Vereinigten Staaten zu versichern.

Schwerpunkt Handelsverträge

Zur gleichen Zeit war in Athen zu hören, daß Washington seinen europäischen Verbündeten empfohlen hätte, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Bulgarien zu intensivieren und nach Möglichkeit einen Handelsvertrag abzuschließen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß bulgarische Agrarprodukte in den letzten Jahren immer mehr an den deutschen Markt drängen, daß z.Z. Verhandlungen über die Einfuhr von 2 Tausend Tonnen bulgarischen Tabaks in die Bundesrepublik im Gange sind und daß in Presse und Fernsehen betont für den Bulgarien-Tourismus geworben wird.

Auf der anderen Seite befindet sich z.Z. eine jugoslawische Delegation in Sofia, die Verhandlungen über den Abschluß eines jugoslawisch-bulgarischen Wirtschaftsabkommen führt. Der Abschluß eines derartigen Vertrages würde zur Folge haben, daß die jugoslawische Eisenbahnlinie - es gibt nur eine einzige Strecke, die den Balkan mit Westeuropa verbindet - vorwiegend für den bulgarischen Export benötigt würde. Da der Transport griechischer Exportgüter auf dem Landweg gleichfalls auf die jugoslawische Bahnlinie angewiesen ist, würde ein bulgarisch-jugoslawi-

ches Handelsabkommen ungeahnte Probleme für die griechische Wirtschaft mit sich bringen.

Die Vereinigten Staaten versehen offensichtlich ihre Beziehungen zu Bulgarien mit neuen Akzenten in einem Augenblick, da Rußland sich über die Entwicklung auf dem Balkan einige Sorgen macht. Die Haltung Rumäniens, das ohne den "Schutz" und die Planung der COMECON den Aufbau seiner Wirtschaft vorantreiben will, führte zu Unruhen innerhalb des Ostblocks. Darüber hinaus lassen scheinbare Annäherungen Rumäniens an Peking vermuten, daß der neue Kurs in der rumänischen Politik Moskau zwingen wird, seine bisherige Politik gegenüber dieser Lande einer Revision zu unterziehen und die russisch-rumänischen Beziehungen mehr nach Art des Verhältnisses zu Polen zu gestalten. Und gerade in diesem Augenblick, da sich die politische Lage auf dem Balkan noch nicht geklärt hat, suchen die USA zunächst den Bulgaren die Möglichkeit zu bieten, sich allmählich aus der völligen wirtschaftlichen Abhängigkeit von der COMECON zu lösen.

Griechische Forderungen an Bulgarien

In Griechenland sieht man diese Entwicklung nicht ohne Besorgnis. Zumindest hätte man erwartet - so ist aus diplomatischen Kreisen Athens zu hören -, daß die Vereinigten Staaten vor Beginn ihrer Bemühungen um Bulgarien Griechenland konsultierten; denn Griechenland ist zusammen mit der Türkei der einzige Verbündete des Westens im Balkanraum und kann die dortigen Verhältnisse naturgemäß besser beurteilen. Im übrigen hat Griechenland noch einige Forderungen an Bulgarien. Im 2. Weltkrieg besetzten und annektierten die Bulgaren zum dritten Male in diesem Jahrhundert Mazedonien und Thrazien und übten dort eine Schreckensherrschaft aus. Der Friedensvertrag zwischen Bulgarien und den Westmächten im Jahre 1947 verpflichtete Bulgarien zu Reparationszahlungen in Höhe von 500 Millionen Dollar an Griechenland für die Vernichtung der nordgriechischen Wirtschaft durch die Besatzungstruppen. Obwohl in der Zwischenzeit diese Summe auf ein Minimum herabgesetzt wurde, hat Bulgarien unter den verschiedensten Vorwänden bis heute keinen Cent gezahlt. Daher beschränken sich die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern nach wie vor auf die Vertretung durch Geschäftsträger.

In Athen betont man, daß es keine griechische Regierung vermöchte, deutlichen alliierter "Empfehlungen" folgend, den bisher gegenüber Bulgarien gezeigten guten Willen bis zu möglichen Konzessionen zu steigern und die Interessen Griechenlands einem "größeren Spiel" zu opfern.